

A N F R A G E von Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Nicola Yuste (SP, Zürich) und Isabel Bartal (SP, Eglisau)

Betreffend Projekt Wachstum 2050: Einbezug der Gemeinden

Gemäss Prognosen (je nach Szenarium) wird die Bevölkerung des Kantons Zürich bis 2050 um 450'000 Menschen wachsen. Dieses Wachstum stellt den Kanton vor Herausforderungen. Der Regierungsrat hat deshalb das Projekt «Wachstum 2050» gestartet, um die anstehenden Herausforderungen strategisch anzugehen. Die Bevölkerungsprognose zeigt, dass das Wachstum nicht in der Stadt Zürich am höchsten sein wird, sondern vor allem Richtung Limmattal und im östlichen Teil des Kantons stattfinden wird. Zudem werden eine Vielzahl der Massnahmen zur sozial- und umweltverträglichen Bewältigung des Bevölkerungswachstums voraussichtlich in der Verantwortung der Gemeinden liegen. Das Projekt des Regierungsrats sieht den Einbezug der Gemeinden vor, bleibt aber im RRB Nr. 386/2024 über den konkreten Einbezug und den Zeitpunkt des Einbezugs noch wage.

Aus diesem Grund bitte wird die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Im RRB 386/2024 ist ein grober Projektablauf skizziert. Gibt es einen detaillierten Projektplan und kann dieser publiziert werden?
2. Welche Überlegungen haben dazu geführt, dass die Gemeinden resp. Vertreter:innen der Gemeinden nicht in die Kerngruppe sondern nur in das Begleitgremium des Projekts integriert worden sind?
3. Der Regierungsrat schreibt im RRB 386/2024, dass der Einsatz einer Behördenbegleitgruppe mit politischen Vertreter:innen der Gemeinden und Regionen sowie derer Verbände zusammengesetzt wird. Diese Gruppierung soll nach Bedarf tagen. Weiter möchte der Regierungsrat bestehende Projektorganisationen, wie «Gemeinden 2030», einbeziehen. Kann der Regierungsrat konkrete Auskünfte geben, wann die Gemeinden in den Prozess einbezogen werden?
4. Es ist vorgesehen, dass die Umsetzung der Massnahmen von den Direktionen und Ämtern gemacht wird (Abbildung 1 des RRB). Wie bewertet der Regierungsrat den Realisierungsbedarf der Gemeinden?
5. Inwiefern werden die unterschiedlichen Ressourcen der Gemeinden bei der Erstellung und Realisierung der «Umsetzungsagenda» berücksichtigt?
6. Werden die Gemeinden auch dabei unterstützt, die nötigen Massnahmen mittels partizipativer Verfahren zu erarbeiten, um eine möglichst hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen?

Michèle Dünki-Bättig
Nicola Yuste
Isabel Bartal